Mitteilung-Nr.: 0306/2008/MV

=====

Beratungsfolge	Termin	Status	Behandlung
Hauptausschuss	15.11.2011	N	Kenntnisnahme
Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss	23.11.2011	Ö	Kenntnisnahme
Ratsversammlung	29.11.2011	Ö	Kenntnisnahme

Betreff:

**Beurteilung der Situation in der
Bauaufsicht der Stadt Neumünster,
Drucksache Nr. 0756/2008/DS**

Der Fachdienst Rechnungsprüfung wurde in der Sitzung der Ratsversammlung vom 28.06.2011 mit einer Untersuchung und Beurteilung der von der Verwaltung dargestellten Situation in der Bauaufsicht beauftragt. Das Ergebnis dieser Untersuchung wird im Folgenden dargestellt:

Zu Frage 1:

„Wie viele unerledigte Akten gibt es konkret in der Bauaufsicht ?“

Zur Beantwortung dieser Frage haben wir Listen mit Datum vom 20.09.2011 ausgewertet. Eine dieser Listen enthielt alle noch nicht abgeschlossenen Vorgänge, die aber beschieden wurden und eine weitere solche, die nicht beschieden wurden.

Für die Beurteilung der Frage, ob zusätzliches Personal benötigt wird, ist die Kenntnis der unerledigten Akten nicht maßgeblich. Wichtiger ist die Anzahl der aufgelaufenen Rückstände.

Aus der Liste mit Bescheid haben wir alle Vorgänge als Rückstand definiert, die älter als 3 Jahre sind (Baugenehmigungen haben eine Gültigkeitsdauer von 3 Jahren). Rückständige Vorgänge in Zusammenhang mit dem Denkmalschutz haben wir nicht mitgezählt.

Unter Beachtung genannter Vorgaben haben wir eine Zahl von **515** Rückständen ermittelt. Hierzu sind **253** Vorgänge zu addieren, in denen kein Bescheid erging, ein Tätigwerden der Bauaufsicht aber erforderlich ist. Es handelt sich bspw. um Fälle, wo die Bauaufsicht während der Bauabnahmen davon Kenntnis erhielt, dass nicht bauantragsgemäß gebaut wurde. Bei gravierenden Abweichungen hat die Bauaufsicht jeweils unmittelbar reagiert.

Bei den Abweichungen, auf die nicht unmittelbar reagiert wurde, handelt es sich um kleine Verände-

rungen, von denen keine Gefährdungen ausgehen können. Durch diese Bauabweichungen kann aber noch ein Gebäurdatbestand oder auch eine Änderung der Grundsteuer verursacht werden.

Noch zu Frage 1 und zu Frage 2:

„Seit wann hat sich der Zustand aufgebaut und hat es je Hinweise darauf gegeben, dass dieser Zustand besteht?“

Bereits in den 90er Jahren des vorigen Jahrhunderts hat es in der Bauaufsicht eine große Zahl unerledigter Vorgänge gegeben (Anfang 1994 waren 6.295 nicht abschließend bearbeitete Vorgänge gemeldet worden).

Durch zeitlich befristete Personalverstärkung gelang es damals, die „Rückstände“ bis 1996 weitgehend abzubauen.

Über das übliche Maß hinaus sind ab Beginn des neuen Jahrtausends, bedingt durch 2 Langzeiterkrankungen und die Arbeitszeitreduzierung einer eingearbeiteten Kraft, erneut Rückstände aufgelaufen. Am 20.06.2002 hat die gesamte Mitarbeiterschaft der Bauaufsicht die personelle Situation den Personaldiensten und dem Personalrat schriftlich mitgeteilt.

Die Mitarbeiter sahen sich nicht mehr in der Lage, die Verantwortung für eine ordnungsgemäße Bearbeitung der Vorgänge zu übernehmen.

Mit Schreiben vom 29.05.2007 haben dann wiederum alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bauaufsicht auf die zunehmenden Rückstände und die schwierige personelle Situation aufmerksam gemacht.

Hierauf erfolgte im Sept./Okt. 2008 eine Untersuchung durch die Organisationsabteilung. In diesem Zusammenhang sind sowohl die in der Vorlage zur Ratsversammlung am 28.06.2011 genannten Rückstände als auch der beantragte Personalbedarf ermittelt worden.

Zu Frage 3:

„Wie hoch ist der Einnahmeverlust durch nicht oder zu spät erhobene Gebühren für die Stadt?“

Ein Einnahmeverlust kann bei allen 253 nicht beschiedenen Vorgängen durch nicht erhobene Gebühren entstanden sein. Diese Gebühren können noch erhoben werden. Da es sich um kleine Maßnahmen wie bspw. Wintergärten oder Dachgeschossausbauten handelt, sind pro Vorgang allerhöchstens Gebühren von 100 € realisierbar. Diesen potentiellen Einnahmen steht allerdings ein erheblicher Aufwand zur Ermittlung und Erhebung dieser Gebühr gegenüber.

Zu Frage 4:

„Liegen Pflichtverletzungen vor und wenn, ob und welche personal- oder dienstrechtlichen Konsequenzen sind möglich und angezeigt?“

Die Frage, ob Pflichtverletzungen vorliegen und ob personal- oder dienstrechtliche Konsequenzen angezeigt sind, kann von der ausschließlich zur Darstellung von Fakten verpflichteten Rechnungsprüfung nicht selbst beantwortet, sondern ggf. nur als Frage an die zuständige Stelle weitergeleitet werden.

Unter Würdigung des Gesamtsachverhalts sehen wir hierzu keinen konkreten Anlass.

Die in den letzten Jahren stark schwankenden Fallzahlen erschweren es, eine angemessene Personalbemessung festzulegen. So gab es 2007 insgesamt 1.276 Eingänge, denen ein Jahr später 1.614 folgten, 2009 waren es dann 1.449 und im lfd. Jahr bis Anfang September 1.099.

In der Zeit von Februar 2007 bis April 2011 fielen über die üblichen Fehlzeiten durch Krankheit und Urlaub hinaus, durch Langzeiterkrankungen, Beschäftigte im Umfang von 31 Monaten aus. Somit

waren in diesen gut 4 Jahren im Durchschnitt 0,6 Stellen zusätzlich unbesetzt. Hinzu kamen Mitarbeiterwechsel.

Es sind in den letzten Jahren Maßnahmen eingeleitet worden, die Rückstände aus eigener Kraft zu verringern. Dieses ist in begrenztem Umfang auch gelungen.

So hat die überwiegend Aufgaben für den Denkmalschutz bearbeitende Sachbearbeiterin in größerem Umfang wichtige Aufgaben der Bauaufsicht ausgeführt. Dieses kann allerdings nur eine Notlösung sein, um aufgelaufene Rückstände beim Denkmalschutz nicht selbst problematisch werden zu lassen.

In einem Jahr sind Zielvereinbarungen im Rahmen der LOB zur Reduzierung der Rückstände abgeschlossen worden.

Die Rechnungsprüfung hält die aktuell für einen befristeten Zeitraum von 2 Jahren vorgesehene Verstärkung der Bauaufsicht um 1 Stelle für vertretbar. Perspektivisch sollten durch das Controlling belastbare Vergleichszahlen festgelegt werden, damit Aussagen über die Wirtschaftlichkeit der Aufgabenerfüllung möglich werden.

Neumünster, d.03.11.2011

-14 -

Koeppen